

222/J XXIII. GP

Eingelangt am 08.01.2007

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

**der Abgeordneten Mag. Johann Maier
und GenossInnen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend „Abfrageberechtigten nach dem Meldegesetz“**

Mit den AB 1541, 1731 XXII.GP, AB 2633 XXII.GP sowie AB 3941/XXII.GP wurden durch die Frau BM für Inneres Liese Prokop die Fragen zu „Sonstigen Abfrageberechtigten“ (wie zur Anzahl, Verteilung und zu rechtlichen Vollzugsfragen für die Jahre 2003, 2004 und 2005) beantwortet bzw. Stellung genommen.

Sie bleiben auch bei Ihrer Auffassung (siehe AB 2633/AB), dass eine präventive Prüfung der Abfragen auch durch eine unabhängige Datenschutzkontrollstelle (z.B. DSK) nicht möglich ist und begründeten dies mit einem Unverhältnis starkem Eingriff in grundrechtlich ausdrücklich geschützte Rechtsverhältnisse.

Die Antworten zu den Fragen 48 - 50 (RISER) sind allerdings nicht ganz befriedigend, obwohl im Einleitungstext der damaligen Anfrage auf die Probleme ausdrücklich hingewiesen wurde.

„Nicht unproblematisch wird die Entwicklung von RISER gesehen, wenngleich der Aufbau von RISER von der EU-Kommission gefördert wird. „Registry Information Service on European Residents (RISER) ist ein Onlinedienst mit Sitz in Berlin, der elektronisch Auskünfte aus nationalen Melde- und vergleichbaren Registern unterstützt. RISER hilft, im europäischen Binnenmarkt gesuchte Personen über die nationalen bzw. kleingliedrigen Melderegister zu finden“.

Die Antwort:

„Ohne über Details dieses Vorhaben zu verfügen, ist festzuhalten, dass Datenerhebungen aus dem ZMR durch andere als Behörden nur nach den in den §§ 16a Abs. 5 sowie 18 Abs. 1 und 1a

Meldegesetz festgelegten Kriterien zulässig sind. Das dafür vorgesehene Regime gewährleistet das erforderliche Datenschutzniveau."

Aus systematischen Gründen werden für 2006 zum Teil dieselben Fragen wie in der Anfrage 4022/J vom 01.03.2006 gestellt, ergänzt durch zusätzliche Fragen, die sich aus der öffentlichen Diskussion sowie aus der Entwicklung des Melderechts im Jahr 2006 ergeben haben.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Inneres nachstehende

Anfrage:

1. Wie viele Anträge nach § 16a Abs. 5 MeldeG wurden seit Inkrafttreten des Meldegesetzes in der gültigen Fassung an den Bundesminister für Inneres bis 01.01.2007 gestellt (Aufschlüsselung auf Bundesländer)?
2. Wie viele dieser Anträge wurden bis 01.01.2007 genehmigt (Aufschlüsselung auf Bundesländer)?
3. Wie viele "Sonstige Abfrageberechtigte" gab es mit Stichtag 1. Jänner 2007 (Aufschlüsselung auf Bundesländer)?
4. Wie viele Anträge wurden bislang abgelehnt (Auflistung der Problembereiche bzw. der Gründe für die Ablehnung)? Wie viele im Jahr 2006?
5. Wie viele Abfrageberechtigungen wurden bisher an Personen (Antragsteller) mit Sitz im EU-Ausland bzw. in Drittstaaten vergeben (Aufschlüsselung auf Branchen und die einzelnen Staaten)?
6. Wie vielen Inkassobüros wurde bislang eine Abfrageberechtigung nach zuerkannt (Stichtag 1. Jänner 2007)? Wie vielen entzogen?
7. Wie vielen „Auskunfteien" wurde bislang eine Abfrageberechtigung nach dem Meldegesetz zuerkannt (Stichtag 1. Jänner 2007)? Wie vielen entzogen?

8. Wie vielen Unternehmen aus dem Sicherheitsgewerbe - (z.B. Berufsdetektive) - wurde bislang eine Abfrageberechtigung nach dem Meldegesetz zuerkannt (Stichtag 1 Jänner 2007)? Wie vielen entzogen?
9. Wie vielen Banken wurde bislang eine Abfrageberechtigung nach dem Meldegesetz zuerkannt (Stichtag 1 Jänner 2007)? Wie vielen entzogen?
10. Wie vielen Versicherungen wurde bislang eine Abfrageberechtigung nach dem Meldegesetz zuerkannt (Stichtag 1. Jänner 2007)? Wie vielen entzogen?
11. Wie vielen Versicherungsmaklern oder Versicherungsagenten wurde bislang eine Abfrageberechtigung nach dem Meldegesetz zuerkannt (Stichtag 1 Jänner 2007)? Wie vielen entzogen?
12. Wie vielen Rechtsanwälten wurde bislang eine Abfrageberechtigung nach dem Meldegesetz zuerkannt (Stichtag 1 Jänner 2007)? Wie vielen entzogen?
13. Wie vielen Notaren wurde bislang eine Abfrageberechtigung nach dem Meldegesetz zuerkannt (Stichtag 1 Jänner 2007)? Wie vielen entzogen?
14. Wie vielen Wirtschaftstreuhändern, Steuerberatern etc. wurde bislang eine Abfrageberechtigung nach dem Meldegesetz zuerkannt (Stichtag 1 Jänner 2007)? Wie vielen entzogen?
15. Wie vielen Immobilien- und Vermögenstreuhändern wurde bislang eine Abfrageberechtigung nach dem Meldegesetz zuerkannt (Stichtag 1 Jänner 2007)? Wie vielen entzogen?
16. Wie vielen und welchen Vereinen wurde bislang eine Abfrageberechtigung nach dem Meldegesetz zuerkannt (Stichtag 1 Jänner 2007)? Wie vielen entzogen?
17. Welchen sonstigen Branchen bzw. Berufsgruppen wurde darüber hinaus noch eine Abfrageberechtigung eingeräumt?

18. Wie schlüsseln sich die 2006 erfolgten Abfragen der „sonstigen Abfrageberechtigten“ auf die einzelnen Branchen auf (s. Fragen 6 - 17)?
19. Wie haben Sie 2005 im Sinne der Empfehlung der DSK dafür Sorge getragen, dass sonstige Abfrageberechtigte (auch Rechtsanwälte, Banken etc.) die Daten des ZMR ausschließlich für die in § 16 Abs 5 MeldeG umschriebenen Zwecke verwenden?
20. Haben Sie im Sinne Ihrer Beantwortung generell nur bei Verdacht (z.B. Anzeige) kontrolliert oder aus präventiven Gründen laufend stichprobenartig die gesetzlichen Voraussetzungen für Einzelabfragen und deren Verwendung geprüft? Wenn ja, wie viele derartige Kontrollen wurden 2006 durchgeführt? Wie viele werden Sie 2007 durchführen?
21. In wie vielen Fällen wurde 2006 ein Verantwortlicher für Datensicherheitsmaßnahmen (Zugriffberechtigungen) vom BMI (Betreiber) nicht ermächtigt (Aufschlüsselung auf Branchen)? Was waren die Gründe dafür?
22. Wie viele „Sonstige Abfrageberechtigten“ haben einen Dienstleister als Verantwortlichen benannt (Aufschlüsselung auf Branchen)?
23. Wie viele Kontrollen wurden durch den Betreiber (BMI) nach § 9 Meldegesetz-Durchführungsverordnung 2006 durchgeführt (Aufschlüsselung nach Branchen und Bundesländer)?
24. Welche konkreten Ergebnisse erbrachten diese Kontrollen? Lagen jemals Anhaltspunkte für eine missbräuchliche Verwendung von Daten vor? Welche behördlichen Maßnahmen mussten in diesen Jahren ergriffen werden?
25. Wie viele Androhungen auf Einleitung eines Verfahrens zur Entziehung der Abfrageberechtigung (§ 16a Abs 7 MeldeG) wurden im Jahr 2006 ausgesprochen?
26. Wie viele derartige Verfahren mussten im Jahr 2006 eingeleitet werden?
27. Wie viele (Entziehungs-)Verfahren sind noch nicht abgeschlossen (01.01.2007)?

28. Wie oft musste im Jahr 2006 die Zugriffs- und Abfrageberechtigung nach § 16a Abs 7 MeldeG entzogen werden (Aufschlüsselung auf Branchen und dem jeweiligen Grund siehe dazu Ziffer 1 - Ziffer 4)?
29. Wie viele Abfragen im Zentralen Melderegister wurden im Jahr 2006 durch abfrageberechtigte Behörden durchgeführt?
30. Wie viele Abfragen im Zentralen Melderegister wurden im Jahr 2006 durch "Sonstige Abfrageberechtigte" durchgeführt?
31. Wie schlüsseln sich die Abfragen der sonstigen Abfrageberechtigten auf die einzelnen Branchen auf (z.B. Banken, Versicherungen)?
32. Wie hoch waren die Gesamtkosten für das ZMR im Jahre 2006? Wie hoch werden die Kosten für 2007 geschätzt?
33. Wie viele Personen haben in Österreich bislang eine Auskunftssperre nach § 18 Meldegesetz beantragt (Aufschlüsselung auf Bundesländer)? Wie war der Stand mit 31.12.2006? Wie viele davon wurden nicht genehmigt?
Worin lagen die Ablehnungsgründe?
34. Welche Kosten fallen in Österreich (Gemeinden) zur Zeit für einen Antrag auf Auskunftssperre an (Ersuche um Aufschlüsselung der -unterschiedlichen- Kosten)?
35. Welche Einnahmen (Verwaltungsabgaben) wurden 2006 durch die Einräumung von Abfrageberechtigungen erzielt? Wie sehen Sie die Entwicklung dieser Einnahmen?
36. Welche Einnahmen (Verwaltungsabgaben) wurden im Jahr 2006 durch die Abfragen von abfrageberechtigten Behörden erzielt? Wie sehen Sie die Entwicklung dieser Einnahmen?
37. Welche Einnahmen (Verwaltungsabgaben) wurden im Jahre 2006 durch die Abfragen Sonstiger Abfrageberechtigter erzielt? Wie sehen Sie die Entwicklung dieser Einnahmen?

38. Welche zusätzlichen Einnahmen wurden 2006 durch das e-govemment Gesetz erzielt? Welche Einnahmen werden 2007 im Jahresdurchschnitt erwartet? Wie sehen Sie die Entwicklung dieser Einnahmen?
39. Wurde das BMI über das Ergebnis des Projektes der europäischen Melderegisterauskunft „RISER“ von der EU-Kommission o.a. informiert? Wenn ja, in welcher Form? Soll es weitergeführt oder ausgebaut werden? Welche Anregungen wurden übermittelt?
40. Welche Haltung nimmt nun das BMI zum Projekt „RISER“ ein?